

Rede von Stadträtin Mirow

zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 20.12.2016

- es gilt das gesprochene Wort –

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

liebe Gäste,

nach einigem Hin und Her konnten wir nun ein gemeinsames Paket schnüren, von dem wir zwar längst nicht alles aber doch genug teilen, um am Ende zuzustimmen. Ein paar Worte zu dem, was wir uns noch gewünscht hätten.

Das Paket wird nun einen globalen Minderaufwand von zusätzlichen 2 Millionen Euro beinhalten, ohne Ausschlüsse und folgt damit dem Vorschlag der Verwaltung. Wir hätten uns nach wie vor gewünscht, dass zumindest der Bereich Soziales hiervon ausgenommen wird. Zudem hoffen wir, dass dieser Minderaufwand nicht zu Lasten der Beschäftigten erwirtschaftet wird. Angesichts der derzeitigen Personalausstattung der Stadt Heidelberg wird es da aber vermutlich nicht allzu viel Spielraum geben. Unser Antrag auf moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um jährlich 10 Punkte wurde ebenfalls nicht aufgenommen. Wir haben eine Erhöhung bereits im letzten Doppelhaushalt beantragt und werden dies auch beim nächsten tun. Der Vergleich mit anderen Städten in der Region zeigt, dass hier noch Spielraum ist. Angesichts der vielen Projekte, die die Stadt derzeit zu stemmen hat und auch noch in den nächsten Jahren wird stemmen müssen, halten wir eine Erhöhung an dieser Stelle nach wie vor für sinnvoll und richtig. Deswegen bin ich mir sicher, es wird der Haushalt eines Tages kommen, wo der Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer nicht grau, sondern grün hinterlegt in einem Gesamtpaket auftaucht. Wir sind da guten Mutes.

Leider hat es unser Antrag auf Vergünstigungen des Sozialtickets auch in diesem Haushalt nicht geschafft. Beim letzten Haushalt hatten wir noch die Entwicklungen im Kreis abgewartet, in der Hoffnung, dass sich womöglich ein kreisweites Sozialticket anbahnen würde. In diesem Jahr soll auf die Entwicklung der Hartz IV-Regelsätze gewartet werden, da sich der Anteil für Mobilität erhöhen soll. Und das tut er vermutlich auch, so ungefähr 2,40 Euro. Da sich der Gesamtsatz aber lediglich um die üblichen 5 Euro erhöhen soll, erscheint das erstmal fragwürdig und lässt darauf schließen, dass hier mit Umschichtungen der Mobilitätsanteil künstlich erhöht wird. Wir werden diesen Antrag deswegen in den Sozialausschuss geben, um dieses Thema nochmals in Kenntnis aller relevanten Zahlen ausführlicher zu diskutieren. Und schließlich – das ist unsere Ansicht als Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/PIRATEN – muss es ein Ziel kommunaler Sozialpolitik sein, Benachteiligungen materieller Art abzufedern. Die hohe Nutzungsquote des Sozialtickets in Heidelberg ist ein gutes Zeichen, denn Mobilität ist wichtig, um von gesellschaftlicher Teilhabe nicht ausgeschlossen zu sein. Und wir denken, je mehr das Ticket nutzen wollen, umso besser. Deswegen sollten wir uns nicht die Frage stellen, können wir die Kosten möglichst gering halten, sondern wie schaffen wir es, dass noch mehr Menschen das Sozialticket nutzen. Was wir abschließend noch sehr bedauern ist, dass es in einer internationalen Stadt wie Heidelberg nicht mehr Einsatz für das Völkerkundemuseum gegeben hat. Als zweitgrößtes Museum,

und das betone ich jetzt auch nochmals, und einziges Museum mit einem außereuropäischen Kulturangebot, halte ich das Völkerkundemuseum für unbedingt erhaltenswert. Das sehen auch viele Heidelbergerinnen und Heidelberger so, deswegen viele den Erhalt dieses Museums bei den Anmerkungen und Anregungen zum Haushalt auch angegeben haben. Mit der jetzigen Regelung wird das Völkerkundemuseum vermutlich nicht sofort schließen müssen, ein durchgängiger Betrieb aber, der nicht auf Überstunden fußt, wird damit eher nicht möglich sein. Aufgrund der finanziellen Situation wurden erste Personaleinbußen bereits getätigt. Drei bundesfinanzierte Projektstellen sind ebenfalls entfallen. Wir hoffen, dass wir die Diskussion um das Völkerkundemuseum nach Vorliegen des Museumskonzeptes erneut führen werden und sind auch froh, dass sich die CDU-Fraktion zu mehr Unterstützung durchgerungen hat und man zumindest annähernd einen Kompromiss gefunden hat.

Das war jetzt die Kritik am Paket. Ich habe das zwei geteilt. Ich dachte, dass ich von allen Befürwortern die kritischste Rede halten würde. Das ist nicht der Fall und ungewohnt. Jetzt komme ich zu den guten Sachen, weswegen wir das Paket unterstützen. Wir unterstützen zum einen die Maßnahme, dass der Ausländerrat / Migrationsrat bei der Erstellung der Sitzungsvorlagen unterstützt wird. Hier gab es ja eine Uneinigkeit, die mit dieser Maßnahme geklärt sein sollte. Und wir fanden den Antrag von der SPD- und GAL-Fraktion gut, den Bericht zur sozialen Lage fortzuschreiben sowie auch den Antrag der Grünen-Fraktion, die Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen auszubauen. Die Übernahme der Erhöhungen für Träger von Beratungsleistungen haben wir in ähnlicher Form auch eingebracht. Die GAL-Fraktion hat es nochmals für alle konkretisiert. Da sind wir ganz froh, dass das Einzug gefunden hat. Weil Tarifsteigerungen muss es für alle Leistungen geben, auch wenn sie subsidär passieren oder freiwillig bestellt werden. Wir finden die zusätzliche halbe Stelle für die Einhaltung des Zweckentfremdungsverbotes für sehr sinnvoll und die Kampagne zur Vermeidung von Kaffeebechern als einen guten Grund, diesem Paket zuzustimmen. Ein Punkt noch, der nicht im Paket enthalten ist, weil die Verwaltung zugesagt hat, dass sie das macht, ist die Informationsvorlage für die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV's in Heidelberg. Diese soll im nächsten Jahr kommen. Darauf würde ich mich jetzt verlassen. Und abschließend muss ich sagen, wenn man sich zusammensetzt, um ein gemeinsames Paket zu schnüren, muss jede Gruppe die eine oder andere Kröte schlucken. Das nennt man Kompromisse und am Ende hat man einen Vorschlag gefunden. Ich weiß nicht, wie es in den anderen Fraktionen ausschaut, aber für uns kann ich sagen, wir sind nicht unzufrieden. Zwar auch nicht besonders glücklich, aber nicht unzufrieden. Denn ein Punkt war uns besonders wichtig, um zuzustimmen, und zwar die finanzielle Entlastung von Familien mit geringem Einkommen. Die bei den Beiträgen für die Kinderbetreuung geltende Sozialstaffelung soll nun dahingehend überarbeitet werden, im Sinne eines Konzeptes, dass die untersten beiden Stufen um bis zu 50 % entlastet werden. Die unterste Stufe wird durch die Heidelberg Pässe weitgehend abgedeckt, aber gerade in der zweiten Stufe sind die Beiträge, gemessen am veranschlagten Bruttomonatseinkommen, durchaus belastend. Gerade für junge Familien in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die nicht nur bundesweit, sondern auch in Heidelberg zunimmt, stellt dies eine nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung dar. Zusammen mit den hohen Mieten führt das nicht selten dazu, dass Familien von hier in das Umland von Heidelberg ziehen müssen. Und für Alleinerziehende ist die Situation noch härter. An der Stelle möchte ich auch auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung verweisen: in Baden-Württemberg sind

46 % - also fast die Hälfte aller Alleinerziehenden - armutsgefährdet, und das in einem reichen Land. Insofern wiegt die Situation für die Kinder noch schwerer. Mit der Entlastung der Gebühren für die Kinderbetreuung hat das Paket für uns deswegen genug Charme, um hier guten Gewissens die Hand zu heben.

Ich möchte auf einen Punkt Bezug nehmen, den die Grünen-Fraktion erwähnt hat, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht besonders verringert wird. Ich möchte festhalten, es wurden ja nicht besonders viele Sozialanträge gestellt. Also das mit der Entlastung der Kinderbetreuung ist - glaube ich - schon der weitestgehende Sozialantrag, von 4 oder 5, die übernommen werden. Also wir sind gerne dafür, mehr Sozialanträge zu stellen. Wir haben es focussiert auf einen großen. Vielleicht können wir das nächste Mal ganz viele Sozialanträge mit den Grünen zusammen stellen. Das wäre ein gutes Kriterium für den Haushalt.

Und weil wir gefragt wurden, warum wir als LINKE zustimmen: Als DIE LINKE/PIRATEN geht es uns darum, konkrete Verbesserungen zu erwirken, gerade für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen. Deswegen haben wir uns dazu entschieden, diesem Gesamtpaket zuzustimmen. Nun verfolgen wir als LINKE nicht unbedingt das Kredo einer pragmatischen Realpolitik, denn dahinter verbirgt sich leider allzuoft die Anpassung an eine neoliberale Politik, die durch Schwächung des Sozialstaates gerade diese Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander klaffen lässt. Wir wählen den Weg einer utopischen Realpolitik. Denn nur wenn wir heute das scheinbar Unmögliche fordern, kann es morgen wahr werden. Gleichzeitig werden wir konkrete Verbesserungen jedoch nicht zugunsten einer fundamentalen Ablehnungspolitik torpetieren. Dies nützt den betroffenen Menschen nichts und oft sind es kleine Veränderungen, die den Stein ins Rollen bringen. Für uns bedeutet Politik, die Gesellschaft gemeinsam mit den Menschen zu gestalten, die keine eigene Lobby haben. Diesem Anspruch können wir heute ein Stückchen näher kommen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.